

Danziger Zeitung.



No 8929.

Die "Danziger Zeitung" erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 4 M. 50 P. Auswärts 5 M. — Inserate, pro Petit-Beile 20 P. nehmen an: in Berlin; H. Albrecht, A. Retemeyer und Rud. Moosse; in Leipzig: Eugen Fort und G. Engler; in Hamburg: Hasenstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube u. die Jäger'sche Buchh.; in Hannover: Carl Schüller.

1875.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 19. Jan. Abgeordnetenhaus. Finanzminister Camphausen legt den Stat vor und wirft einen kurzen Rückblick auf die Staats- und Finanzverwaltung der beiden Vorjahre. Der Finalabschluss pro 1874 sei erst im Laufe des Monats März möglich, schon jetzt steht aber bei den direkten Steuern ein Mehreintrag von einer Million gegen den Voranschlag fest. Die Einnahmen pro 1875 seien auf 694,422,613 M., mithin 3,871,438 M. niedriger als 1874 vorveranschlagt, die ordentlichen Ausgaben betragen 613,830,050 M., gegen das Vorjahr mehr 17,585,807 M., die außerordentlichen Ausgaben 80,592,563 M., gegen das Vorjahr mehr 2,562,775 M. — Der Minister geht hierauf die einzelnen Posten durch, stellt betreffs der Bank eine besondere Vorlage in Aussicht und bezeichnet den Stand der Staatschulden als den deutlich niedrigsten. Die Staatschulden betrugen Ende 1874 929,287,108 M., worunter 30 Millionen ausgekündigte aber nicht ausgegebene Schatzanweisungen; Staatschuldquote per Kopf der Bevölkerung ergibt nur 1½ M. Ein noch vorzulegendes Verzeichnik der Kosten für Staatsbahnen ergebe 906 Millionen M., zu demselben Zweck seien 1874 91 Millionen M. verausgabt; die Staatschulden würden durch den Eisenbahnbetrag aufgewogen, die Staatschuldenzinsen durch die Eisenbahnüberschüsse gedeckt. Wohl kein Staat Europas könne sich ähnlicher Verhältnisse rühmen. Der Minister zählt dann die Mehrforderungen im Ordinarium für die einzelnen Ministerien auf. Am meisten werde für das Cultusministerium gefordert, für welches 502,000 M. mehr für Universitäten, 2 Millionen zur Gehaltsverbesserung der Geistlichen, eine halbe Million zur Entschädigung für den Ausfall der Stollgebühren, 3 Millionen für die Elementarlehrer (Weißfall) beansprucht werden. Im Extraordinarium seien 26 Millionen für Eisenbahnbaute, 25 Mill. für Wasser- und Landstraßenbau vorveranschlagt. Der Minister betrachtet es als eine besondere Sicht, daß der Staat neben den beträchtlichen laufenden Eisenbahncrediten so große Summen für das Extraordinarium verwenden und mit seinen Unternehmungen zu einem Zeitpunkt, wo manche Industriezweige unter dem Druck leiden, kräftig vorgehen kann. (Lebhafter Weißfall.) Nächste Sitzung unbestimmt.

Berlin, 19. Jan. Der Reichstag setzte die zweite Lesung des Civilehegesetzes fort. § 77 wurde ohne Debatte, § 78 Al. 1 mit dem Amendement Marquardsen angenommen: den Bundesregierungen event. die Einführung des Gesetzes vor dem 1. Januar 1876 zu überlassen. Anfang Al. 2 (wonach vor dem 1. Januar 1876 die nach dem bisherigen Recht ergangenen Aufsätze wirksam bleiben) werden auf Antrag des Abg. Wölkel zwei neue Paragraphen 82 und 83 dem Gesetz eingefügt, betreffend die Gültigkeit der Aufsätze, der Geburts- und Todesanmeldungen nach dem bisherigen Gesetz, die vor dem Tage der Inkraftsetzung des neuen Gesetzes erlangen sind. § 79 (Aufrechterhaltung der kirchlichen Verpflichtungen bezüglich der Trauung und Taufe) wird angenommen, nachdem der Bundescommission Friedberg die Bestimmung als einen

Ein Besuch in den Katakomben von Wien.

Mitten in dem wirren geschäftlichen Leben der Kaiserstadt, da, wo das gesamme Thun und Treiben Wiens seinen eigentlichen Knotenpunkt hat, steht ein ehrwürdiger Tempel des Friedens, der alte Stefansdom. Die Sonne gibt dem von der Seite dässer gefärbten Bau heut ein freundliches Ansehen. Tausende von gepunkteten Spaziergängern drängen sich an ihm vorüber, Wagen aller Art rollen durch die Straßen, dort zieht eine Abteilung Soldaten mit klingendem Spiel, hier suchen sich elegante Reiter und Reiterinnen einen Weg durch das Gewirr von Menschen und Fuhrwerken zu bahnen, Orangenhändler bieten ihre Ware feil, italienische Pfeiferläden blasen und tanzen vor den Fenstern eines Kaffeehauses — kurz die Umgebung des Stefansdomes gewährt ein Bild, wie es nur eine Weltstadt zu bieten vermag.

Wir aber wenden für heute dem frischen, sprudelnden Leben den Rücken und betreten die hohen Räume des Gotteshauses. Hier herrscht feierliche Stille. Vor den vielen Altären, vor den Heiligenbildern, welche jede Säule, jeden freien Raum an den Hauptmauern schmückt, kneien einzelne Besinde, sonst ist die Kirche leer. Sie ist alt, sehr alt. Sieben Jahrhunderte lang hat sie der Andacht gedient; jeder Stein zeigt das Alter, Weitzaug und der Qualm der Opferkerzen haben die Säulen und Wölbungen ebenholzschwarz gefärbt, aber die prachtvollen Gemälde, die goldblau und silberne Altargeräte, überhaupt der reiche Schmuck, und besonders das magische Licht, das die Sonne durch die bunten Fenster hereinleuchten läßt, mildern den Eindruck, den die dunkle Grünfarbe des Ganzen allein hervorruft würde. Und wenn doch noch die vollen Töne der Orgel durch die weiten Räume erschallen, wenn die Posaunen schmettern und der Kirchengesang angestimmt wird, dann müssen die Brust eines jeden Menschen, wodurch Glaubens er auch immer sei, feierlich einsteigen.

Schutz gegen böswillige Auslegung des Gesetzes gerechtfertigt hat. Die folgenden Bestimmungen bis zum Schluss werden mit dem von Oppenheim beantragten Zusatzparagraphen betreffs der Ernennung der diplomatischen Vertreter und Reichsconsuln, vom 1. März 1875 ab bürgerliche Geschlechungen und Civilstandsbeurkundung für Deutsche im Auslande vornehmen zu können, genehmigt, auch wird der Gebührentarif angenommen, womit die zweite Lesung beendet ist. Der Gesetzentwurf, betreffend die militärische Kontrolle der Urlaubstage sowie die Vorlagen befreit Einführung des Quartierleistungsgesetzes in Bayern und Württemberg wird in zweiter Lesung genehmigt. Vor Beginn der dritten Beratung des Naturalisierungsgesetzes erklärt Präf. Delbrück: für die Bundesregierungen sei ein Verpflegungssatz von 80 Pfennige als höchste Grenze angenommen. Die Zugesetze, wenn das Haus darauf bestehen, den Satz auf 1 Mark zu normiren, sei das Gesetz für die Bundesregierungen unannehmbar. Die Vorlage wird darauf nochmals an eine Commission zur Berichtigungstattung über die Erklärung des Bundesrats zurückverwiesen. Nächste Sitzung morgen.

Nachen, 19. Jan. Der Oberbürgermeister Conzen ist in der letzten Nacht gestorben.

B. A. C. Die Lage des Bankgesetzes.

Die Bank-Commission des Reichstags hat ihre Arbeiten abgeschlossen. Bei der zweiten Lesung des Bankgesetzes haben viele und darunter sehr erhebliche Punkte Abänderungen gegenüber den Beschlüssen der zweiten Lesung erfahren; doch erlebt dadurch die sichere Aussicht auf das Zustandekommen des Gesetzes keinen Abruch. Gerade die bedeutenderen Abänderungen waren entweder mit Sicherheit oder doch als wahrscheinlich vorauszusehen; der Gesamtinhalt und die leitenden Grundzüge des Bankgesetzes werden durch dieselben nicht berührt; vielmehr bildet die Beschlüsse der zweiten Lesung ein in sich abgerundetes System der neuen Bankgesetzgebung. Die wesentlichen Abänderungen sind:

1) Die einprozentige Steuer, mit welcher die ungedeckte Notenausgabe belegt werden sollte, ist in der zweiten Lesung mit einer Stimme Mehrheit gefallen, wie sie in der ersten Lesung mit zwei Stimmen Mehrheit angenommen worden war.

In der Handelskammer bildete diese Steuer einen der meist gesuchten Punkte der Vorlage und man hoffte an dieselbe weit gehende Vorschriften wegen der Höhe des zulässigen Discontos. Man formulierte in der Handelskammer den Satz, daß diese Steuer jedenfalls oder doch unter den meisten Verhältnissen den Disconto erhöhen würde; an Zahlen ließe sich leicht das ganz Unbekünsliche dieser Annahme nachweisen, dennoch haben diese vielseitig verbreiteten Vorschriften die Meinungen über diese Steuer sehr getheilt. Auf beiden Seiten wurden die Ansichten für und gegen die Steuer mit dem größten Eifer vertheidigt, daher das schwankende Stimmenverhältnis in der Commission, welches vielleicht, was jedoch heut' sich noch nicht feststellen läßt, dem schwankenden Stimmenverhältnis im Reichstage entspricht. Die Regierung war insbesondere bei der ersten Lesung sehr lebhaft für die Steuer eingetreten; es ist jedoch nicht anzunehmen, daß es über diesen Punkt zu einem

Conflict zwischen der Regierung und dem Reichstag kommen sollte, weil offenbar gerade hier auf beiden Seiten die Neigung zum Nachgeben erheblich ist. Der Vertreter des Bundesrats in der Commission hat bei der zweiten Lesung diese Stimme zwar formell noch vertheidigt, aber so kühl, daß gerade diese Art der Vertretung am meisten dazu beigetragen hat, die Steuer zum Fall zu bringen, indem man vermutete, die Regierung selbst wolle davon Abstand nehmen.

2) Die allerwichtigste Veränderung, welche die Beschlüsse der ersten Lesung erfahren haben, ist, daß die Verpflichtung der Reichsbank die Noten der anderen deutschen Banken, die sich dem Gesetz unter Annahme der Kündigung ihres Notenprivilegiums für 1891 unterworfen haben, annehmen und dieselben nur zum Umtausch oder zur Rückzahlung an den Hauptstift der betreffenden Bank benutzen dürfen. Diese Veränderung war vorauszusehen, nachdem das in erster Lesung zunächst abgelehnte System im fernen Verlauf derselben bei den Privatbanken durchgedrungen war. Mit vollem Rechte kann man die jetzt von der Commission genehmigten Bestimmungen als einen der Stützpunkte des neuen Bankgesetzes betrachten; es war nicht zweifelhaft, daß die zweite Lesung durch diesen Besluß das Zustandekommen des Gesetzes sicherte.

3) Die Commission hat in der zweiten Lesung den Gewinn der Anteilseigner der Reichsbank dadurch mehr eingeschränkt, daß während zwischen 4% und 8% der Gewinn gleichmäßig zwischen dem Reiche und den Anteilseignern getheilt wird; von dem Gewinn, welcher 8% übersteigt, % dem Reiche und nur ¼ den Anteilseignern aufzuhelfen soll. In erster Lesung war dieser Anteil mit einer Stimme Mehrheit abgewiesen worden; wir nehmen jedoch nicht an, daß in einer oder die andere Abstimmung auch nur auf den Eiss der neuen Bankantikeitscheine irgend einen Einfluß ausüben sollte. Nach der jetzt herrschenden Stimmung bereitet sich diejenigen Kreise, unter denen die Abnehmer der neuen Bankantikeitscheine zu suchen sind, auf eine so geringe Dividende vor, daß die beschlossene Einschränkung gar nicht in Betracht kommt. Dieser Besluß wird also für zukünftige bessere Zeiten, welche jetzt nicht in Aussicht genommen werden, dem Reiche Vortheil zu, während er für die Abnehmer der Bankantikeitscheine zur Zeit gar keine Bedeutung hat.

4) Eine immerhin wesentliche Bestimmung hat die Commission getroffen, indem sie beschlossen, daß für die General-Versammlung des Anteilseigners das Stimmrecht schon mit dem Besitz eines einzigen Anteilschein verbunden sei, und daß nicht mehr als hundert Stimmen in einer Hand vereinigt werden dürften. Dadurch ist ein System gesichert, welches von dem bisherigen System der Meist-Beteiligten der preußischen Bank" gänzlich abweicht.

Da die Regierung dieses leichtere System nicht in Aussicht genommen hatte, so steht der Besluß der Commission mit den Absichten des Entwurfs nicht im Widerspruch, sondern stellt diese bloß gesetzlich fest. Gleichzeitig ist jedoch, abweichend von der ersten Lesung, die passive Wahlbarkeit an den Besitz von 3 Anteilscheinen gequaltzt worden, während nach dem Besluß der ersten Lesung der Besitz eines Anteilscheines für die Wahlbarkeit genügen sollte; es sind dadurch

die Folgen abgewendet worden, welche die Erweiterung des aktiven Wahlrechts mit sich führen könnte.

Deutschland.

△ Berlin, 18. Jan. Der mehrfach erwähnte Bericht der Bundesraatsausschüsse über die Novelle zum Reichspostgesetz vom 8. October 1871 liegt jetzt vor. Es heißt darin: "Die Vorlage beabsichtigt, die vom 1. Januar 1876 an notwendige Neuregelung des Verhältnisses der Post zu den Staatsbahnen im Wege der Gesetzgebung herbeizuführen, zugleich aber die Verpflichtungen der Privatbahnen, unbedacht der bereits ertheilten Concessionen, nach denselben Grundsätzen gesetzlich zu regeln und auf diese Weise innerhalb des deutschen Reichs-Postgebietes eine einheitliche Normierung der Leistungen der Eisenbahnen für Postzwecke anzubauen. Die Ausschüsse konnten nicht erkennen, daß wegen der formalen Lage der zur Zeit geltenden Normen und bei der Bedeutung des Gegenstandes eine gesetzliche Regelung derselben im Bedürfnisse liege. Über die Grundsätze, von welchen hierbei auszugeben sei, trat jedoch alsbald eine Meinungsverschiedenheit hervor, indem von mehreren Seiten zwar die Verpflichtung der Eisenbahnen zur regelmäßigen und schlemigen Beförderung der Postsendungen anerkannt, aber bestritten wurde, daß die Unentgeltlichkeit der Leistungen, wie sie die Vorlage empfiehlt, noch ferner aufrecht erhalten werden könne." Diese Unentgeltlichkeiten der Eisenbahnleistungen wurden von mehreren Seiten bekämpft, u. A. wird auch in einer bei den Ausschusserörungen mehrfach berücksichtigten Denkschrift des Vereins deutscher Privat-Eisenbahnen, welche dem preuß. Handelsministerium überreicht und von diesem den Ausschüssen unterbreitet wurden, nicht nur die Unentgeltlichkeit der Leistungen gänzlich bestritten, sondern sogar beansprucht, daß die bereits concessionirten Eisenbahn-Unternehmungen von ihren concessionsfähigen Verpflichtungen gegenüber der Post künftig befreit werden. Die Ausschüsse waren schließlich darüber einverstanden, daß eine Erweiterung der unentgeltlichen Leistungen der Eisenbahnen für Postzwecke zu vermeiden sei und daß hinsichtlich solcher Leistungen, für welche nach den feindigen Bestimmungen das Einvernehmen der beteiligten Post- und Eisenbahn-Verwaltungen vorausgesetzt wird, es bei dieser Voransetzung auch ferner zu verbleiben habe. Der Gesetzentwurf, der aus den Beratungen hervorgegangen, enthält den folgenden einzigen Paragraphen: "An die Stelle des § 4 des Gesetzes über das Postwesen des deutschen Reichs vom 28. October 1871 (Reichsges.-Blatt S. 347) treten die nachfolgenden Bestimmungen. Nun folgen 13 Artikel. Davon lautet Art. 1: Der Eisenbahnbetrieb ist, soweit es die Natur und die Erfordernisse derselben gestatten, in die notwendige Uebereinstimmung mit den Bedürfnissen des Postdienstes zu bringen. Die Einführung besonderer Züge für die Zwecke des Postdienstes kann jedoch von der Postverwaltung nicht beansprucht werden. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen der Postverwaltung und den Eisenbahnverwaltungen über die Bedürfnisse des Postdienstes, die Natur und die Erfordernisse des Eisenbahnbetriebes entscheidet, soweit die Postverwaltung sich bei dem Aussprache der Landesaufsichtsbehörde nicht be-

hören oder Postgruben (die an der Pest Gestorbenen warf man massenhaft ohne Särge in tiefe Gruben), bei der Kanalisation Wien's herausgegraben und hier, in den oberen Gewölben der Katakomben niedergelegt, wobei man lediglich dem Prinzip der Raumersparnis gefolgt ist und so eine Ordnung geschaffen hat, die unwillkürlich im ersten Moment zu dem angeführten Irrthum verleiten muß.

Wir wandern weiter, durch verschiedene Gewölbe, die größerenteils leer sind, nur ab und zu kommen wir bei einzelnen, mehr oder weniger verfallenen Särgen vorüber, deren Auferstehung noch heut in den Neberräumen ehemaliger Pracht zeigt, daß ihre längst verstorbenen Besitzer zu den Reichen und Großen dieser Erde gehört haben. Mit einem "Sicut transit gloria mundi" werden wir uns von diesen Zeugen der Vergänglichkeit ab. Über uns hören wir ein dumpfes, donnerähnliches Geräusch, wie von einem fernem Gewitter. Der Führer erklärt uns, wir befinden uns jetzt unter dem Stefansplatz, das Geräusch sei das Rollen der vorüberschreitenden Wagen. Welcher Contrast: Hier in der Tiefe die Spuren des Todes auf jedem Schritt, und oben das volle frische Leben der Weltstadt!

Schmale, halb verfallene Stufen führen uns tiefer hinab, die Luft wird hier feuchter und überreicher. Lange Gänge nehmen uns auf, abwechselnd mit größeren Gewölben. In der Abtheilung, die wir soeben verlassen haben, herrschte noch eine gewisse Ordnung, ja wir möchten sagen, im Vergleiche zu der, in welcher wir uns jetzt befinden, ein gewisser Grad von Reinlichkeit. Jetzt öffnet sich vor uns ein hallenartiger Raum, und es bietet sich uns ein Anblick dar, der selbst in abgestumpften Naturen Abscheu erwecken muß. Die Halle scheint eins zu zweit wirklich an Stelle eines Friedhofes gebildet zu haben, ganze Reihen von Särgen stehen über und neben einander geschichtet da, seit wie langer Zeit, das hat die Welt längst vergessen, aber es mögen Jahrhunderte schon darüber hingegangen sein, denn an manchen Stellen

Der Stefansdom ist im Jahre 1144 von dem Herzog Heinrich Jasomirgott seiner Bestimmung übergeben worden. Die jetzige Größe hat er jedoch erst in der Zeit von 1359 bis 1430 unter Kaiser Rudolf IV. erhalten, der auch der Bauherre des 435 Fuß hohen Thurmes ist. Das Bauwerk gehört zu den größten gotischen Domen, die überhaupt existieren, der Sahl ist fast durchgehends von wunderbarer Reinheit, aber eine durchgreifende Restauration des Ganzen wäre jetzt dringend geboten. Die Steine, welche die Außenmauern bilden, sind stark angefressen vom Zahne der Zeit, das Mauwerk ist zum Theil bis zur Unserkenntlichkeit verwittert, nur einzelne Partien, besonders den prachtvollen Thurm hat man neuerdings wieder hergestellt. Von der Höhe des Letzteren genießt man übrigens eine herrliche Aussicht: Die ganze Stadt liegt vor einem ausbreitend, man sieht die Donau und den Wiener Wald, der Blick reicht weit in die Buschten Ungarn's hinein, auf der andern Seite in die Steiermark u. s. w.

Doch wir waren in das Innere des Domes getreten. Wir verweilen nicht bei den einzelnen

Sehenswürdigkeiten, welche uns hier bei jedem

Schritt aufstoßen, unser Zweck ist, in die Geheimnisse einzudringen, welche das Gotteshaus tief unter seinen Grundmauern birgt — wir wollen die Katakombe besuchen. Die Führer geleiten uns deswegen an den Beipulken, Altären und Beichtstühlen vorüber, sie machen uns in Eile nur auf eine unverdächtig schöne Gemeinschaft, st. in einer Konzel aus dem Jahre 1512 (eine der ältesten Steinmeharbäume, von Anton Pilgram) aufmerksam, und nähern hinter dieser, an der Nordseite des Gebäudes, betreten wir eine kleine, dem Kriegsgefecht geweihte Kapelle, über deren Eingang eine alte, lateinische Inschrift steht, die jedoch, halb verwittert, für mich unleserlich war; sie mahnt zu frommen Gebeten für die Toten, welche in den Katakomben ruhen.

Wir sind in der Kapelle. Wöhrend der eine unsre Führer eine schwere Falltür öffnet, zündet der andre Fackeln an, und nun steigen wir

ruhigt, der Bundesrat. Artikel 2: Mit jedem für den regelmäßigen Besitzerdienst der Bahn bestimmten Bogen ist auf Verlangen der Postverwaltung ein von dieser gestellter Postwagen unentgeltlich zu leihen. Diese unentgeltliche Besörderung umfasst: a. die Briefpostsendungen, Belutungen, Gekreuzt mit Einschluß des ungemünzten Goldes und Silbers, Einzelnen und Preisen ohne Unterschied des Gerichts, ferner sonstige Poststücke, bis zum Einzelpreise von 19 Kilo gramm einschließlich; b. die zur Begleitung der Postsendungen sowie zur Versicherung des Dienstes unterwegs erforderlichen Postbeamten, auch wenn dieselben vom Dienste zurückkehren; c. die Grätschen, deren die Postbeamten unterwegs bedürfen. Für Poststücke, welche nicht unentgeltlich zu befördern sind, hat die Postverwaltung eine angemessene Frachtabrechnung zu zahlen, welche für die Gesamtmenge der auf der betreffenden Eisenbahn nach bewegenden zahlungspflichtigen Poststücke und ohne Rücksicht darauf berechnet wird, ob die Beförderung eines Theils derselben in Eisenbahntransportmitteln erfolgt. Die Mitbeförderung solcher Päckereien, welche nicht zu den Brief- und Zeitungs-Päckchen gehören, kann bei Bürgen, deren Fahrzeit besonders kurz bemessen ist, beschränkt oder ausgeschlossen werden, wenn dies von der Eisenbahn-Aufsichts-Behörde zur Wahrung der plakativen und sicherer Beförderung der betreffenden Böge für notwendig erachtet wird, und andere zur Mitnahme der Päckereien geeignete Böge auf der betreffenden Bahn eingerichtet sind.

Die übrigen Artikel enthalten die näheren Ausführungen dieser Festsetzungen. Nach § 12 wird die an Bögen zu zahlende Entschädigung für die Leistungen der Staatsbahnen zu Postdienstzwecken bis Ende 1879 weiter gezahlt. Nach § 13 tritt das Gesetz 1. Januar 1876 in Kraft und findet auf Bayern und Württemberg keine Anwendung.

X Berlin, 18. Jan. Die Bank-Kommission ist mit der Berathung des ihr vorgelegten Gesetzentwurfs in ihrer gestern Abend bis zur Nachtzeit 11½ Uhr anbauernden und heut Vormittag weiter außerordentliche Sitzung fertig geworden. Zum Referenten ist der Abg. Dr. Bamberger ernannt, mit dem Auftrage, schriftlichen Bericht zu erstatten. Der Bericht für das Plenum wird in der morgen stattfindenden Sitzung der Commission festgestellt, dann sofort in den Druck gesendet werden und voransichtlich morgen Abend noch zur Vertheilung gelangen. Die Beschlüsse der Commission in den beiden letzteren Sitzungen bezogen sich zum größten Theil in der Genehmigung der Beschlüsse in der ersten Lesung und nur einige Abweichungen von den früheren Beschlüssen haben wir hier noch zu registrieren. In dem § 40 des Entwurfs wird das Statut der Reichsbank normirt. Hierzu hat die Commission in zweiter Lesung den Beschluss gefaßt: Jedem Antheilhaber der Bank in der General-Versammlung eine Stimme zu gewähren, es darf jedoch ein Stimmberechtigter nicht mehr als 100 Anteile auf sich vereinigen. In den Central-Ausschuß der Bank soll nach den Beschlüssen der Commission nur ein Besitzer von mindestens drei Antheilscheinen gewählt werden dürfen. In dem § 41, welcher nach den Beschlüssen der ersten Lesung folgendermaßen lautete: „Die durch gegenwärtiges Gesetz ertheilte Concession der Reichsbank erlischt mit dem 1. Januar 1891, wenn nicht vorher eine Verlängerung stattgefunden hat“ — wurde nach längerer Discussion die Regierungsvorlage wieder hergestellt, welche, wenn die Ablösung nicht zum 1. Januar 1891 erfolgt ist, dem Reich das Recht einräumt, nach vorhergegangener einjähriger Aufklarung von 10 zu 10 Jahren entweder die Reichsbank aufzugeben und die Grundstücke derselben gegen Erstattung des Buchwertes zu erwerben oder die sämtlichen Anteile der Reichsbank zum Neupreise zu erwerben. Jedoch wurde hierzu ein Zusatzantrag des Abg. Lasker angenommen, daß zur Verlängerung der Concession der Reichsbank über den 1. Januar 1891 hinaus, die Zustimmung des Reichstages erforderlich sei. Endlich wurde auf Antrag des Staatsministers Delbrück in den § 61 des Gesetzes noch die Bestimmung eingefügt, daß wenn nach dem 1. Januar 1891 an Stelle der gegenwärtigen Reichsbank eine andere Bank treten sollte, dann das Reich verpflichtet sein sollte, bis zum 19. November 1925 an Preußen und die bisherigen Bankanteilseigner eine Rente von jährlich 621,000 Thlr. zu zahlen. Mit diesen

Aenderungen wurde schließlich das ganze Gesetz mit 16 gegen 4 Stimmen angenommen. Gegen das Gesetz stimmten die Abg. Mosle, Hassen, Frhr. v. Aretin und v. Miller (Weilburg). Der Abg. Berger war nicht anwesend, würde aber gleichfalls für das so amendirte Gesetz gestimmt haben.

* Die „N. A. Z.“ meldet: Ein amerikanischer Staatsmann (wahrscheinlich Bancroft d. Red.) schreibt an einen deutschen Beamten am Weihnachtsfeiertag wie folgt: „Mr. Benet, der Besitzer d. „New York Herald“ ist letzten Sonntag nach Europa abgereist, um einen noch kräftigeren Antheil als bisher an dem religiösen Streite zu nehmen. Sein „New York Herald“ ist jetzt ganz in den Händen der Jesuiten. Mr. Benet wird sich vermutlich in Berlin zeigen. Sehr reich, eitel und mehr als leichtsinnig ist er ein natürliches und leichtes Opfer des Jesuitenismus geworden. Mit seinem massenhaften Gelde den Jesuiten zur Verfügung gestellt, kann er möglicherweise Erfolge erreichen, die Sie in Erstaunen setzen werden.“

Schweiz.

— Aus Zürich wird das bevorstehende Erscheinen eines polnischen Journals „Wici“ angekündigt, welches Benedict Horst zum Redakteur haben soll. In dem von der Redaktion erlaussten Programm wird gefaßt, daß die Notwendigkeit eines unabhängigen polnischen Journals sich heute mehr als je sichtbar mache, da wichtige Begebenheiten sich vorbereiten und „die unversöhnliche Logik der Ereignisse von Neuem die polnische Frage auf die Tagesordnung setzt.“

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 18. Jan. Prozeß Osenheim. Die heutige Vormittagsitzung wurde durch die Vernehmung des Zeugen Lislowez ausgefüllt, der in den Jahren 1864 bis 1872 als Buchhalter bei der Lemberg-Czernowitz Bahn fungirte. Derselbe stellte in Abrede, daß die Bilanz und die Buchführung direkt durch den Angestellten beeinflußt worden seien und erklärte, daß Interesse des Staates sei dadurch nicht geschädigt worden, daß die dem Hause Brassek für Materialvorräthe zugestandene Summe von 50,000 Fl. auf das Conto „Fundus instructus“ gebucht und daß 550,000 Fl. von der Linie a auf die Linie b übertragen worden seien. Der Zeuge sagte ferner aus, daß im Jahre 1870 der Staatsregierung, um von derselben einen Vorschuß zu erlangen, eine provisorische Betriebsrechnung mit einem singulären Übertritt von 300 Fl. vorgelegt worden sei, ohne indessen angeben zu können, ob Osenheim dazu seine Zustimmung erhielte. (B. T.)

Frankreich.

Paris, 17. Januar. Audiffret-Pasquier und Seau, vertrauter Freund des Grafen von Paris, so wie andere Deputirte vom linken und rechten Centrum sprachen gestern bei Casimir Perier. Der Führer des linken Centrums einige sich bei dieser Gelegenheit mit Audiffret-Pasquier und seinen Freunden bis auf den Punkt der Revision der Verfassung. Was die Revision betrifft, soll das rechte Centrum darauf beharren, daß sie facultativ sei. Die Proclamation der eugärtigen Republik ist seitens des linken Centrums aufzugeben. Nach dem von Dufaure und Casimir Perier ausgearbeiteten Entwurf soll die Republik und zwar mit Übergabe der Gewalten, falls Mac Mahon stirbt oder zurücktritt, bis 1880 dauern. 1880 soll eine Revision der Verfassung eintreten können, wenn 100 Deputirte in der Kammer sie verlangen und der Congres sie annimmt. Für den Fall, daß die Revision nicht verlangt oder nicht bewilligt wird, soll ein neuer Präsident ernannt, aber nach Beendigung der Gewalten derselben die vollständige Revision der Verfassung wieder verlangt werden. Casimir Perier setzte seinen Gästen seine Ansichten auseinander, indem er darauf hinwies, daß der Unterschied zwischen dem Entwurf des linken Centrums und dem des rechten Centrums nur unbedeutend sei. Beide seien für die sechsjährige Republik mit Übergabe der Gewalten bis 1880. Was die obligatorische Revision anbelangt, so werde dieselbe ohne Folge bleiben, falls der Congres gegen sie sein werde. Das rechte Centrum könne daher die facultative Revision annehmen, weil sie ihre Zwecke eben so sehr begünstige wie die obligatorische. Zu Beschlüssen kam es natürlich nicht, nur glaubt man, daß das rechte Centrum sich mit dem linken Centrum einigen und fast die ganze Linke sich legtrem anschließen werde, um die constitutionellen

Gesetze zu Stande zu bringen. Mac Mahon ist nicht für eine solche Organisation seiner Gewalten, er wird aber, da sie das Gesetz vom 20. November nicht verletzt, sich wohl darin fühlen müssen, wenn die Kammer sie beschließt. Was dem Grafen von Paris anbelangt, so handelt Audiffret-Pasquier nach dessen Weisungen.

— „Gaulois“ heißt als „avis aux journaux radicaux“ mit, daß der kaiserliche Prinz sein Examen in Woolwich allerdings am 22. d. M. beginne, daß dasselbe jedoch erst am 20. Februar zu Ende gehe.

Belgien.

Das „Journal de Gand“ will wissen, der belgische Justizminister habe sich entschlossen, dem Drängen des Erzbischofs nachzugeben und den Kammer ein Gesetz über die Abschaffung der Scheidung vorzulegen. Ein Brüsseler Correspondent des „Frauen-Journ.“ meint zu dieser von der „Agence Havas“ inzwischen in Abrede gestellten Nachricht, daß falls dieselbe sich bewahrte, eine Auseinandersetzung zwischen dem Ministerium und dem Lande bei dieser Gelegenheit unvermeidlich sei.

Spanien.

Die Carlisten sind bekannter Maßen sehr erboß über den Streit, den die andere bourbonisch-monarchische Partei ihrem König Karl gespielt hat. Sie rächen sich jetzt an dem Gegenkönige Alfonso, indem sie dessen nächste Verwandte, die sich in ihrem Machbereiche befindet, gefangen nehmen, nämlich seine — Milchgräfin, wenn wie dieses Wort nach bekannten Analogien bildeartig wolle, demselben aber nicht die entfernte politische oder religiöse Bedeutung beigelegt. Der Staatsanwalt ließ die Nummer des Blattes, in der das Schreiben erschien war, mit Beiflag belegen und verlangt jetzt von der Kammer die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten Cabolotti. Man glaubt, daß die Ermächtigung nicht verwirkt werden wird.

— 17. Jan. Bei der heutigen Nachwahl im fünften römischen Wahlbezirk wurde Locatelli, der Kandidat der gemäßigt-liberalen Partei mit großer Mehrheit gewählt.

— Wie erinnerlich, wurde Tertano's offizieller Geschäftsträger, Lorenzana, im Batican nicht angenommen; Don Alfonso sendet nun statt seiner Herrn Benavides, den der Papst nicht beanstandet.

— Vor den italienischen Gerichten dürfte in nächster Zeit ein auch in politischer Hinsicht sehr interessanter Fall zur Austragung gelangen. Der wieder zum Abgeordneten gewählte und schon früher wegen Meßfehlbeleidigung gerichtlich verfolgte radicale Deputirte, Dr. Cabolotti, hat vor einiger Zeit in dem Blatte „La Capitale“ ein Schreiben veröffentlicht, daß er später auch dem Präsidienten der zweiten Kammer mittheile und in welchem er erklärte, daß er zwar bei seinem Eintritt in die Kammer den vorgeschriebenen Eid leisten wolle, demselben aber nicht die entfernte politische oder religiöse Bedeutung beigelegt. Der Staatsanwalt ließ die Nummer des Blattes, in der das Schreiben erschien war, mit Beiflag belegen und verlangt jetzt von der Kammer die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten Cabolotti. Man glaubt, daß die Ermächtigung nicht verwirkt werden wird.

England.

London, 17. Jan. Die Vorbereitungen zu der englischen Polar-Expedition schreiten immer weiter vor. Die Expedition sollen, wie schon früher mitgetheilt, zwei Naturwissenschaftsgelehrte begleiten. Die Abwinklichkeit hat die Wahl dieses Gelehrten der Royal Society übertragen. — Eine Deputation der evangelischen Allianz hat sich nach Constantinopel begeben, um dem Sultan eine Kreuzzug betreffend die Stellung der Christen in der Türkei zu überreichen. Die Deputation wird etwa am 23. d. M. in Constantinopel eintreffen. — Die Königin hat auf Empfehlung des Premierministers der Wittwe des verstorbenen Falstaff, langjährigen treuen Dieners von Lord Byron, ein Jahrgehalt von 50 £. ausgefest. — Die Regierung hat dem Präsidenten der königlichen astronomischen Gesellschaft ihre Bereitwilligkeit angezeigt, 1000 £. zur Beobachtung der nächsten gäulichen Sonnenfinsterniß im April herzugeben. Diese wird nach Herrn Hind bessere Gelegenheit zu Beobachtungen bieten als jede andere in diesem Jahrhundert noch zu erwarten.

— Das Handelsamt hat eine Anzahl Chronometre als Ehrengeschenk unter die Offiziere und Mannschaft des Postdampfers „Windsor Castle“ vertheilen lassen in Anerkennung des bei dem Ausbruch einer Feuersbrunst auf diesem Dampfer im vorigen October gezeigten Muttes. Der „Windsor Castle“ besorgt die Verbindung zwischen England und Südafrika. Am 25. October früh erhielt der Capitän, als das Schiff im bischafischen Meerbusen kahndampfte, die Befehlung, daß Rauch aus der Vorrichtung hervordringt. Der Capitän borderte alle Mann an ihre rep. Posten, gab die nötigen Befehle, und in nächster Zeit war ohne die geringste Verwirrung Alles für die Sicherheit des Schiffes befreit. Die Boote wurden mit Nubern, Wasser u. l. w. bestorgt und bereit gehalten, um für den Fall der Noth in die See gelassen zu werden. Der Capitän befahl sodann, nach Corunna, von welchem Hafen man nur 130 Kilometer entfernt war, zu steuern, und dort gelang die Lösung des Brantes.

Schweden.

Stockholm, 13. Jan. Die seit mehr als ein paar Jahrzehnten seltene oder fast beispiellose Eisstärke in unsern innern und äußern Gewässern läßt uns befürchten, daß die Eisschiffahrt sich bedeutend länger als gewöhnlich hinausschieben wird, während gerade jetzt eine weit größere Anzahl überwinternder Schiffe als je zuvor in unserem Hafen versammelt ist, worunter verschiedene, welche ursprünglich beabsichtigt hatten,

Abermals gelangen wir an eine abwärts führende Treppe, die wir nur vorsichtig passieren können, da ihre Stufen schlippsig sind. Unten, im dritten Stockwerk unter der Erde, scheinen uns die Bilder des menschlichen Vergänglichkeit, denen wir bis jetzt so zahlreich begegnet sind, erspart bleiben zu sollen. Wie gehen durch endlose Gänge, die mit allerlei Wendungen und Kurvenungen zugeteilt zu einem in die Mauer gebrochenen Loch führen, welches groß genug ist, um einen Menschen hindurch zu lassen. Bis hierher ist uns in allen diesen Gängen nichts Auffallendes entgegentreten.

Nach dem, was wir bereits gesehen, kann die absolute Stille, die uns jetzt umfaßt, nicht mehr erregen; bis in diese Tiefe reicht kein Schall von Wagengerauschen, kein Ton des Lebens und Treibens auf der Erde herab, unser eigener Schritt ist in dem weichen, zuweilen schlammigen Boden unhörbar. An den Wänden alther ist im Fackellicht eine gräßliche Feuchtigkeit, die besonders den Wölblingen über uns ab und zu einen seltsamen Schimmer gibt, der Erinnerungen aus den Märchen von „Tauend und eine Nacht“ in uns wachruft.

Doch jetzt sind wir an der eben erwähnten Mauerbresche. Die Führer treten hindurch, wir folgen ihnen und befinden uns in einer Halle, die bei weitem größer ist, als alle bisher von uns gesehene Räume der Katakombe. Das Fackellicht ist nicht stark genug, um das ganze Gewölbe zu erhellen; wie im fernsten Nebel verschwindet hoch über uns die Decke, unser Auge kann sie nicht erreichen; es ist, als ob wir uns in einem unterirdischen Dome befinden. Und nun berichtet der Führer: „Diese Halle liegt unter dem östlichen Theile des Stephansplatzes, ihre Wölblingen sind so hoch, daß sie bis nahe unter die Straße reichen. Als im Jahre 1713 die große Pest in Wien herrschte und man nicht mehr wußte, die Toten unterzubringen, schlug man von oben ein Loch in das Gewölbe und warf die Leichen hier hinein.“

Unter unsr. Füßen liegen Hunderte, die damals an der Pest gestorben sind.“ Und er leuchtet mit der Fackel auf den Boden — wir stehen auf der ersten Leichen, die den ganzen Raum, man kann nicht beurtheilen, in wie hoher Schicht ausfüllen. Nacht und bekleidet, wie der Augenblick oder die Noth es gegeben, sind sie herabgeführt, und da ruhen sie seit mehr als anderthalb Jahrhunderten, eine dichtsammelnde Masse grauenwoller Überreste menschlicher Leiber.

Entsetzt verlassen wir dies Gewölbe; hier hat das Grauen seinen Gipfelpunkt erreicht. Die Führer zeigen uns noch einen gänzlich verfallenen Zugang zur vierten und tiefsten Abtheilung, sie senken die Fackel hinab in den schwarzen gähnenden Abgrund, der sich in der Tiefe endlos auszudehnen scheint, aber hinunter können wir nicht, die Zeit hat ihr langsam zerstörendes Werk hier schon zu weit gefordert. Wir schneiden uns auch nicht hinunter, wir haben seit kaum einer Stunde schon zu viel des Furchtbaren gesehen.

Wir treten den Rückweg an, hinauf, dem Lichte zu. Wie wir aber noch einmal durch alle Gänge und Gewölbe wandern, da drängen sich uns zwei für uns unlösbare Fragen auf: Wie viele Tropen menschlichen Schwefels sind auf diesem unterirdischen Friedhof verschwendet und welches kann sein ursprünglicher Zweck gewesen sein? Nun sind wir oben, wieder oben auf der schönen Erde. Der blaue Himmel läßt sich über uns, die Sonne vergoldet den altehrwürigen Stephansdom, die Fußgänger, die Wagen, die Reiter eilen an uns vorüber, überall ist frisches fröhliches Leben, als ob es gar keine finstere Nacht, gar keine Todesschrecken gäbe. Da zieht ein beßriges Wonnegefühl durch unsre Brust und es ist, als ob uns tausendstimig in Blüteblöden zu gerufen würde: „Gesegnet sei die blaue Luft, gesegnet die goldne Sonne, freut Euch der schönen Natur, freut Euch Eures Lebens!“ B. V. C.

Sehr leichter wir schreiten, desto schrecklicher sind die Bilder vor unsrer Auge. Wir geben durch leere Gewölbe und Gänge, naßdem wir die Räume mit den Särgen verlassen haben. Da — was ist das, leben hier unten, in diesen Finstern, unterirdischen Hallen etwa Menschen? Dort im Winkel hockt auf einem niedrigen Stein ein Mann, beim Schein der Fackel sehen wir ihn schon aus einiger Entfernung, er schaut uns zu erwarten, er hat den Kopf nachdrücklich auf die Hand gestützt, das unbestimmt, zitternde Licht läßt uns nicht genau erkennen, ob er sich nicht bewegt. Wir nähern uns — nein, dieser Mensch bewegt sich nicht mehr, er

mit oder ohne Ladung von hier abzugeben, aber durch die eingetretene Kälte würden dieselben gezwungen, hier zu überwintern. In Gänzen sind hier auf Winterlage gebracht 114 Dampfer und 67 Segelschiffe, und zwar unter den letzteren 46 schwedische, 15 finnische, 2 norwegische, 3 deutsche und 1 englisches.

Danzig, 20. Januar.

* Nach höherer Bestimmung haben die nächsten Schiffer- und Steuermanns-Prüfungen für große Fahrt bei der S. Navigationschule in Danzig am 6. März cr., bei der in Memel am 25. Februar zu beginnen.

* [Schwurgerichtsverhandlung am 18. Jan.] (Schluss.) Nunmehr erfolgte die Abhörung der Angeklagten. Röhr teilte zuerst mit, daß er ein geborener Pole sei und im Jahre 1846 sich beim Aufstand der Polen in Litauen beteiligt habe, demnächst von der russischen Regierung deshalb zu 2 Jahren Einzelhaft, zu 11 Jahren schwerer Arbeit in den sibirischen Bergwerken und lebenslänglicher Verbannung aus den russischen Staaten verurtheilt worden sei, daß er indeß in Folge Amnestie-Erlasse des russischen Kaisers nach einigen Jahren in Freiheit gestellt worden sei. Im Jahre 1849 sei er wieder politisch compromittiert gewesen und vom damaligen Polizei-Commissionär Görts verhaftet und nach der Festung Posen abgeführt worden. Von diesem Zeitpunkte her batte sich seine Bekanntschaft mit Görts Röhr verbreitet und nunmehr über die Anklagepunkte und behauptet: daß er dem p. Baeremaeter das Getreide nur unter der Bedingung der sofortigen baaren Zahlung verkaufte, daß er, als derselbe seine Zahlung fälschte und die Schulde noch nicht berichtigte hatte, die Hilfe des Hrn. Staats-Anwalts Bodien erbeten, dieser aber erklärt habe, daß diese Sache lediglich Polizeisache sei. Er habe sich nun an Hrn. Görts gewendet und diesen gebeten, ihn zu seinem Rechte zu verhelfen; dieser habe ihm aber erklärt: "dass er amtlich nicht eintreten könne, daß er aber mit Brehmer freundschaftliche Rücksprache nehmen wolle. Am folgenden Tage sei Brehmer bei ihm erschienen und mit diesem Görts Ersterer habe sich bereit erklärt, für das Getreide die Summe von 1050 R. zu zahlen und einen Revers darüber auszuzeichnen, wonach Brehmer noch an denselben Tage baare Zahlung geleistet habe. Nunmehr sagt Angeklagter weiter: wollte ich mich dem Görts gegenüber erkenntlich zeigen; ich ging zu ihm aus sein Bureau, dankte ihm und überreichte ihm eine Summe Geldes. Görts nahm dieselbe nicht an; im Laufe des weiteren Gesprächs äußerte er jedoch, daß wenn ich ihm 50 R. als ein Darlehn geben könnte, ihm dies angenehm sein würde; ich überreichte ihm diese Summe. Ueber die Bezeichnung resp. Rückzahlung dieser Summe wurde nichts verabredet, ich ließ mir auch keinen Revers darüber ausspielen. — In meinen Büchern ließ ich diese 50 R. auf Handlungskosten schreiben und zwar gleich bei Entnahme derselben, weil ich damit dem Görts ein Geschenk machen wollte; ich habe auch an dieser Eintragung selbst dann nichts geändert, als die Summe nicht als Geschenk sondern als Darlehn ausgegeben war, weil ich die Schulde des Görts als eine persönliche betrachtete. Einige Tage später lagte Brehmer gegen mich auf Rückzahlung der 1050 R. gleichzeitig erhielt ich aber eine Vorladung zu einer Vernehmung in der Voruntersuchung gegen Görts wegen Erpressung. Ich verweigerte meine Aussage und hielt mich dazu berechtigt, weil ich annahm, die Ewiglücke und die qu. Vernehmung in der 2. Sache gegen Görts steh im Zusammenhange und ich könnte als Partei nicht gleichzeitig Zeuge sein. Die demütigsten Erklärungen des Röhr in dieser Angelegenheit wurden verlesen; sie enthalten lediglich die bereits in der Anklage erwähnten Umstände. Röhr färt fort: Ich war im Laufe der Untersuchung zu der Ansicht gekommen, daß meine Vernehmung nur pro informatione, nicht als Belege erfolgte und hatte keine Ahnung, daß ich solche zu bewahren haben würde. Uebrigens habe ich dem Görts für eine amtliche Tätigkeit niemals etwas geboten, sondern nur für seine freundschaftliche Regulirung der Sache. — Zur Verhandlung vom 5. Juni 1874 hatte Röhr angegeben, daß er die 50 R. auf Handlungskosten geschrieben, weil er das Darlehn unrichtig gehalten, es sei aber auch möglich, daß er vermutet habe, Görts könnte die 50 R. nicht als Darlehn, sondern als Geschenk für die ihm erwiesene Fälligkeit angenommen haben und ihm diese Summen entweder gar nicht, oder erst nach längerer Zeit zurückzahle. Ueber den Inhalt dieser Erklärung fragt saat Röhr: der mich vernehmende Kreisrichter Schmidt war sehr aufgebracht und trat gegen mich schroff auf, ich erklärte ihm daher, er solle schreiben was er wolle, ich würde Alles unterschreiben. Die betreffende Aussage entspricht nicht meinen Erklärungen, dennoch habe ich dieselbe unterstrichen. — Vor der Polizei hat Röhr abweichend erklärt, daß er den Namen des Görts in seine Bücher nicht habe eingetragen wollen und deshalb den an ihm gezahlten Beitrag auf Handlungskosten geschrieben hätte. Hierüber fragt, sagt Röhr, ich habe vor der Polizei erklärt, daß ich dem Görts für seine amtliche Tätigkeit nichts gegeben habe. Die Nebenumstände sind mir nicht mehr bekannt; in Folge des langjährigen Gefängnislebens und einer schweren Cholerakrankheit ist mein Gedächtnis geschwächt. Richtig ist es, daß ich dem Görts einige Monate später noch ein Darlehn von 50 R. gegeben, welches ich gar nicht in meine Bücher eingetragen habe und das ich meine Aussage zum Protokoll vom 25. November 1873 beschworen habe.

Nunmehr erklärt Görts: Im Februar 1870 lag gegen den Buchhalter Radowski die erwähnte Wechselfälschung vor und war ich mit der Verhaftung des fälschigen Verbrechers beauftragt. Die Beschädigten Kaufleute Hermann und Lehsfeld hatten an mich das Anfangen gestellt, mit Auflösung aller Mittel den Radowski zu ermitteln. Eines Tages erschien ich im Comtoir der Beschädigten und teilte ihnen mit, daß mir die Verhaftung des Radowski nicht gelungen sei und ich bereits viel Geld dafür ausgegeben hätte, diese händigen mir hierauf zur Fortsetzung der Recherchen 25 R. ein. Das Geld habe ich demnächst zu dem gedachten Zwecke ausgegeben. Bei der heutigen Polizeibehörde existiert allerdings ein Fonds für solche Zwecke; der Polizei-Präsident v. Clausewitz hat aber stets die größte Sparsamkeit beobachtet und wollte ich deshalb aus diesem Fonds weitere Summen nicht entnehmen. Uebrigens habe ich Hrn. v. Clausewitz mitgetheilt, 25 R. von Hermann und Lehsfeld zu dem gedachten Zwecke erhalten zu haben. Befragt, in welcher Art er die 25 R. verausgabt hat, erklärt Görts: "Wahrscheinlich habe ich dieselben zur Bezahlung von Spionen verwendet." Er schlägt zum Beweise seiner Behauptung Hrn. v. Clausewitz zum Beugen vor. — Bezuglich des Falles mit Röhr erklärt Görts, daß er hierbei keine amtliche, sondern nur eine private Tätigkeit entwidelt und dann Röhr gegenüber sofort erklärt habe, daß ein amtliches Eintrichten seinerseits unrichtig sei. Er bestreitet dem Brehmer sagst zu haben, "dass es nach einer Stunde vielleicht anders sei", er habe auch diesem nur gesagt daß er als Freund, nicht als Beamter die qu. Augenleidheit mit ihm bespreche. Von Röhr will er lediglich die resp. 50 und 50 R. als Darlehn erhalten haben, er würde diesem die Darlehne bereits zurückzustatten haben, wenn mittlerweile nicht seine Amtsentfernung erfolgt wäre.

Nunmehr erfolgte die Beweisaufnahme, aus welcher wir nur diejenigen mittheilen, welche von der

Anklage abweichen und wesentlich sind. Brehmer und Lehsfeld zeugten im Sinne der Anklage. Der Justizrat Breitenbach, als Entlastungszeuge geladen, befandet: Eines Tages erschien Röhr in meinem Bureau, er teilte mir mit, daß er in einer Untersuchungssache gegen Görts als Beuge vor Gericht vereidigt werden sei, daß er aber glaube, der betreffende Richter habe ihn nicht und er den Richter nicht verstanden, und daß er sich deshalb ängste. Ich erklärte ihm, daß er seine eidliche Aussage abändern könne. Ich kenne Röhr seit langer Zeit und habe als sein Mandat viel mit ihm zu thun gehabt; mir ist es aber stets so vorgekommen, daß er die Begriffe in deutscher Sprache zu fassen und sich klar zu machen nicht recht im Stande ist; er spricht zwar geläufig deutsch, deut aber polnisch. Der als Beuge vernommene Kreisrichter Schmidt erklärt, daß er den Röhr wiederholte in der Voruntersuchung vernommen habe und daß die Vernehmungen mit Röhr sehr schwierig und zeitraubend gewesen, daß seine Deposition aber stets sehr klar gewesen und alles, was er erklärt, sei dies auch zum Protokoll vom 5. Juni 1873 geschehen. Es sei unmöglich, daß Röhr erklärt habe: "Schreien Sie, was Sie wollen, ich werde alles unterscheiden." So befindet auch die zweite bei Vernehmung des Röhr thätig gewesene Gerichtsperson, Actuar Fechner. Der Herr Polizei-Präsident v. Clausewitz erklärt, daß ihm Görts keine Mitteilung über den Empfang der 25 R. von den Kaufleuten Hermann und Lehsfeld gemacht habe. Zu polizeilichen Recherchen sei ein Fonds vorhanden, aus welchem den betreffenden Beamten auf ihren Antrag die nötigen Geldmittel stets gewährt würden. Der Herr Staats-Anwalt Bodien erklärt, daß er bei Vernehmung des p. Röhr zugegen gewesen und dieser dann belebt habe, daß er seine zu Protokoll gegebene Aussage genau prüfen solle, weil er — Röhr — dieselbe im nächsten Termine unzweifelhaft werde beschwören müssen. Damals hatte Röhr bestimmt erklärt, daß er dem Görts für seine Thätigkeit in der Brehmer'schen Angelegenheit weder Geld noch sonstige Vortheile gewährt habe.

Zum Schlusse der Verhandlung behauptete Görts, daß der Herr Polizei-Präsident v. Clausewitz in einer Spezialfalle ihm jede amtliche Tätigkeit in Criminalsachen untersagt habe und debuitet daran, daß er demnach auch in der Brehmer'schen Angelegenheit nicht berechtigt gewesen, amtlich einzutreten. Er beantragt, darüber den Hrn. Polizeipräsidenten zu vernehmen. Der Gerichtshof lehnte diejenigen Beweis ab, weil trotz eines solchen Verbots Görts als damaliger Polizei-Inspector befugt war, jede polizeiliche Handlung vorzunehmen. — Der Herr Staats-Anwalt beantragte gegen Röhr das Schuldig. In Betreff des Görts lehnt er indes in zwei Punkten die Anklage fallen und zwar in Betreff der von Hermann u. Lehsfeld empfangenen 25 R. und der von Röhr zum zweiten Male empfangenen 50 R. Im ersten Falle seien keine anstreichenden Gesichtspunkte vorhanden, welche ergeben haben, daß Görts die qu. 25 R. als Geschenk oder sonstigen Vortheil erhalten hat; die Anklage sei nicht im Stande dies zu beweisen. Im zweiten Falle stehe die Hinnehmung der 50 R. in keinem Zusammenhange mit seiner amtlichen Tätigkeit und die Anklage müsse zugeben, daß er ausreichenden Momenten vorliegen, welche ergeben, daß Görts diese 50 R. für eine in sein Fach einschlagende amtliche Tätigkeit erhalten habe. Dagegen hält der Herr Staats-Anwalt im dritten Punkte die Anklage aufrecht und führt aus, daß es gar nicht darauf ankomme, ob die 50 R. als Darlehn oder Geschenk gewährt worden, immerhin sei es ein Vortheil, den Görts für seine amtliche Tätigkeit angenommen habe.

Herr Rechtsauktorial Mällisson als Verteidiger des Röhr beantragt das Nichtschuldig, den Geldwornen aber auch die Unterfrage wegen fälschigen Meineids vorzulegen, bei beiden aber auch die Frage zu stellen: daß Röhr, bevor eine Anzeige gegen ihn erfolgt, oder eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet und bevor ein Rechtsnachfall für einen Andern aus der falschen Aussage entstanden war, diese bei der Behörde, bei welcher er sie abgegeben, widerrufen? — Görts, welcher keinen Verteidiger hatte und dies lebhaft bestwarte, beantragte seine Freisprechung, indem er wiederholte, daß er nicht amtlich gehandelt und die qu. Beiträge von Röhr als Darlehn angenommen habe.

Die Geschworenen verneinten den wissenschaftlichen Meineid, bejahten die Fälschlichkeit mit mehr als 7 Stimmen und auch die derselben beigesetzte Unterfrage vom Widerrufe. In Betreff des Görts bejahten sie die Fragen in Betreff der ersten von Röhr empfangenen 50 R. und der von Hermann und Lehsfeld empfangenen 25 R. und verneinten nur die dritte Frage betrifft der zweiten von Röhr empfangenen 50 R. Der Herr Staats-Anwalt beantragte: den Röhr des fälschigen Meineids schuldig zu erachten, mit Strafe und Kosten indeß zu verschonen, den Görts dagegen zu 3 Monaten Gefängnis zu verurtheilen und die empfangenen 50 und 25 R. dem Staate als verfallen zu erklären. Der Gerichtshof erkannte die Mittel zur Unterschiede, daß er gegen Görts nur eine Geldbuße von 25 R. event. 14 Tagen Gefängnis feststelle, im Uebrigen nach den Anträgen des Herrn Staats-Anwalt.

* Die Anzahl der Mitglieder der am 30. d. M. in Königsberg zusammengetretenen Provinzialbanken beziffert sich auf 105. Bei dem am 31. um 11 Uhr in der Schlesische statthaftenden Synodal-Gottesdienst wird Herr Militär-Oberpfarrer Krebsmar die Synodal-Predigt halten. Die Sitzungen finden in dem Ständesaal des Kal. Schlosses statt, das etwa für 150 Personen ausreichend Platz bietet. Die Einberufung mußte darum verschoben werden, weil Herr Oberpräsident v. Horn zur Benutzung des Ständesaales erst die Genehmigung des Hofmarschallamtes einholen musste.

-k- Mähringen, 18. Jan. Mit Bezug auf die Correspondenz aus Osterode bin ich heute in derselben Lage, auch über eine neue eingeschaffte Eissteuer an unserm Orte berichten zu können und schicke gleich voran, daß man hier zu Lande statt der dort verlangten 20 R. pro Kubit-Meter schreibe: "eine Mark" verlangt und da das Eis schon einmal im Keller war, auch vorläufig erhalten hat. Der Besitzer des Scherting-See's, aus welchem das Eis geholt war, Herr Liebste-Pfarrseldchen, hat nach dem Empfang von 20 Mark Herr Hotelbesitzer Dorf noch versichert, "dass wenn er (Herr Dorf) es nicht wäre, er hätte noch wegen Berndgensbeschädigung belastet hätte." Die Entscheidung über die in Osterode eingeleitete Befreiwerde wird auch für uns maßgebend sein und weitere Forderungen nicht mehr auftreten lassen.

F. Altersversorgungskasse für Privat-lehrerinnen.

Auch unsere Provinz wirkt, wie Posen, Breslau, die Rheinprovinz, Berlin und Brandenburg, nicht zurückhaltend, wenn es gilt, einer Chrisholde zu genügen. Erziehung der Jugend ist die natürliche Aufgabe der Eltern, aber zugleich für die Gesellschaft im Ganzen, ihre Gedanken und ihre Wohlfahrt eine so wichtige Angelegenheit, daß der Staat von jeder sein Augenmerk auf die rücksichtige Art und Weise ihrer Durchführung gewendet hat. In allen Gemeinwesen nehmen die Unterrichtsaufzettel eine wesentliche Theil der Kosten und Mühen des Verwaltungsbürokratismus in Anspruch. Allein nur die größeren Gemeinden können hinsichtlich für gründliche Durchführung des Er-

ziehungswerkes sorgen. Da nun nach gewöhnlicher Annahme fast 73 % der Angehörigen unseres Staates Landbewohner, also in kleinen Gemeinschaften oder auf Einzelhöfen vertheilt sind, leuchtet es von selbst ein, wie bedeutend die Zahl der Eltern sein muss, die ihren Kindern nicht ausreichende Schulbildung zu Theil werden lassen können, wenn sie nicht sich zu dem schweren Opfer versteht, ihre Lieblinge früh aus dem Hause zu verlassen. Wohlhabende Landbewohner nehmen Erzieher in ihre Familie auf, und da die männlichen Lehrkräfte immer theurer und spärlicher werden, ist seit langer Zeit schon die erste Elementarbildung der Knaben und die mehr oder weniger langdauernde Ausbildung der Töchter Erzieherinnen anvertraut worden. Mit Vorliebe wählt man nach bekannten Erfahrungen jüngere noch frischgeiste und weniger anspruchsvolle Hauslehrerinnen für die meistens auch noch jungen Böblinge, da man doch die letzteren später in größere Schulaufstalten zu senden vorzieht, anstatt sie in die ganze Ausbildung der immerhin mehr oder minder einseitig bleibenden Fürsorge einer einzelnen Erzieherin zu überlassen. Aber als Vermögenserinnen des ersten Unterrichts dienen solche junge Bewohnerinnen keineswegs immer allein. Sie müssen, sei es, daß die Eltern ihre Kräfte ganz auszutauschen wollen oder sich nicht gut anders einzurichten vermögen, oft fast gleichaltrige Töchter des Hauses noch in Musik, Realien und fremden Sprachen weiterbildung. Eine solche doppelte anstrengende Thätigkeit nun, in Vorbereitung aller Art auf den Unterricht selbst, in Stundenhalften und Überwachen der Böblinge während der freien Zeit, durch Jahre und Jahre fortgesetzt, läßt zuletzt ihre nothwendige aufreibende Wirkung. Nicht achtend der körperlichen Leiden, die durch Überbelastung der Kräfte eintreten, obliegt die Erzieherin eifrig und möglichst freudig ihren Pflichten, im Verkehr mit den jugendlichen Seelen verhältnismäßig lange sich selbst erhalten und froh der Genugthuung, wenn sie unter ihrem Einfluß dieselben sich günstig entwickeln sieht. Doch das geht so lange es geht. Ein Engagement löst das andre ab. Die leichtermuthige Ermattung der überspannten weiblichen Körper- und Geisteskräft beginnt unverzüglich langsam, doch unverwüstlich. Das Alter macht sich fühlbar und damit zugleich das Bedürfnis nach einer gewissen Ruhe. Noch sind vielleicht die Kräfte zu reicher Arbeit nicht geschwunden, noch leuchten die Ideale, die das Erziehungswerk leiten.

Doch der anstrechende Abend bereitet sich, wenn auch sehr allmählig, vor. Unmerklich tritt die Dämmerung ein, die Sonne des Lebens fängt an sich zu neigen — und noch immer hat die Arbeit kein Ende. Alle Menschen richten sich eine Stätte des Friedens und der Sammlung vor dem Tode ein: dasselbe Bedürfnis fühlt auch die alternde Erzieherin; vielleicht gar empfindet sie es, an einem gewissen Punkt des Lebens gewöhnt — aber der eigentlich häuslichen Sorgen durch die Art ihres Berufes mehr als andre entwöhnt, noch viel peinlicher und besorgter, als die Mehrzahl ihrer unverhüllt gebliebenen Mitschwester, die ohne besonders Zustun durch die natürliche Entwicklung der Dinge, dem letzten Lebensabschnitt im ruhigen Zeitverlauf entgegenstehend, gleichsam in ihrem Berufe selbst dem letzten Ziele zugeführt werden.

Die alternde Erzieherin aber kann der Natur ihres Berufes gemäß bereits lange vor dem Ende des Lebens nicht mehr ihren Pflichten alleitig entsprechen. Seltens findet sie noch ein zusagenes Engagement, wenn sie das sechste Jahrzehnt ihres Lebens erreicht hat. Was wird nun aus diesen altgewordenen Individualen der geistigen Arbeit?

Was wird aus allen den Hunderten junger Bewohnerinnen, die jährlich das Lehrerinnenexamen ablegen, nach dreißig bis vierzig Jahren? — Es ist merkwürdig, daß man sich bisher so selten gefragt hat, wie bilden das endliche Leos festegebücher, reich mit den geistigen Errungenschaften unserer Culurepoche ausgestatteter Töchter sich schließlich gestalte, nachdem ihnen die Sorge der Eltern die Mittel verschafft hat, in den besten Gesellschaftskreisen, in den Palästen unserer Geburts- und Heimatstadt, sich ohne Anstoß zu bewegen und oft eine gewisse Gelung und geistige Berechnung zu erzielen? Wie verschaffen sie sich nach Abschluß ihrer Laufbahn die Mittel zur exträglischen Existenz, im Falle nicht Angehörige ihnen einleuchtendes Asyl bieten?

An eine Unterstützung ihres Alters von Seiten ihrer zahlreichen früheren Böblinge oder deren gutstinkenden Familien ist bei der allgemeinen Durchkreuzung der verschiedensten Lebenswege, bei der naturgemäß eingetreteten Entfernung und Entfernung, nur in den seltensten Fällen zu denken.

Auf die Sammlung eines hinzuhelgenden Sparpfennigs aber kann die junge Erzieherin bei ihrer nicht bedeutenden Einnahmen schwer auskommen, wenn ihr kein rechender Freund mit klugem Rat zur Seite steht. Es ist daher s. i. einigen Jahren von Berlin aus die Vereinigung aller deutschen Erzieherinnen angerichtet, um durch gemeinsame Kraft die Einzelnen stützen zu helfen. Eine eigentliche Pensionsklasse jedoch hat der Verein (wegen der weitsichtigen Mühlen der Gründung und Verwaltung) zu hohen Aufgaben aufgegeben. Ein Comitis, zum Theil aus den angehenden Mitgliedern bestehend, wie es heißt, sogar unter den Auspicien der Kronprinzessin, ist in Berlin zusammengetreten, um die Anzelegenheit zu fördern. Aber dazu gehören noch Jahre, bevor die allgemeine Pensionsklasse für alle deutschen Erzieherinnen ausreichend fundirt und organisiert sein dürfte.

In Erkenntniß dieser Sachlage hat sich der Gedanke geregt, ob nicht besser in kleineren Kreisen rasch und energisch die Anzelegenheit gefordert werden könnte. zunächst ist, wie eine frühere Correspondenz von Thorn aus dies hergehoben, vorselbst ein Frauenverein zusammengetreten, um die Sache in Fluss zu bringen. Wir hören, daß ein kleines Capital in der Bildung begriffen ist und daß der Verein sich um durchgreifende Mittel und Wege bemüht, so schnell als möglich einen verhältnismäßigen Grundstock für die künftige Pensionsklasse anzusammeln. Sobald dieses Fundament gesteckt ist, wird das Regulativ — minhahnsch unter schlägiger Autorität der Provinzialbehörden — veröffentlicht und den betreffenden Lehrerinnen die zu erwartende Höhe ihrer eventuellen Unterstützungen, sowie die Art und Weise ihrer Beitragsleistung, Zahlungs-

So weit nur in unserer Provinz, die — als vorzugsweise ackerbautreibende — doch gewiß mehr als die meisten anderen die Nothwendigkeit der Existenz zahlreicher Haus- und Privatehrerinnen empfinden muß, für diese viel duldeten Klasse der Gelehrten der Mitgefühl sich regt, erwartet der Thorner Verein Unterstützung und Förderung seines Bestrebens. Wer daher im Stande ist, für diese Sache der Humanität und nationaler Ehre, speziell der Culturinteressen unserer Provinz, sich zu erwärmen, wer ein Herz hat für die meist einsam dastehenden, mühsam sich durchdringenden Gouvern' en reiferen Alters, besonders also alle wohlhabenden Frauen und Jungfrauen, die mit ihren oft nothleidenden Schwestern in deren austroßigen Leben Lebensjahre einstetzes Mitgefühl hegen; Alle ferner, die dankbar und gern sich des treuen Wirkens verdienter Lehrerinnen — sei es aus ihrer eigenen Jugend, sei es im Antezedenz an ihre hin er sonstigen Angehörigen — freundlich erinnern; überhaupt alle verhinderten Menschenrechte mögen sich bei den Sammlungen für den oben erwähnten Grundfonds beteiligen. Möchte doch jeder größere Ort, jeder Landratsbezirk der Provinz recht bald ein Comitis zur Regulirung dieser Sammlungen sich bilden sehn. Die 16 Thorner Damen, welche nach den vorliegenden Blättern öffentlich zu Beiträgen auffordern, haben ausdrücklich um baldige Buzierung auch der geringsten milden Gaben für obigen Zweck gebeten und zwar zu Händen ihrer Geschäftsführerin Frau Bärwald (Firma: Morris Meyer). Wer aber in seinem Bekanntenkreise größere Sammlungen anstellen will, darf sie stiftlich von der genannten Adresse eine beliebige Zahl der gedruckten und numerirten Beitragslisten erbitten, um der Sache eine mehr methodische Regelung zu sichern. Oft entstehen Eingelne eher zu kleinere regelmäßiger als zu einmaligen großen Beiträgen. Wie wir sicher verbürgen können, soll vierteljährlich die statutenmäßige Rechnungslegung in den geeigneten Orten von Vereinswegen publicirt werden. Auch ist ein Anschluß an die gleichartigen Bestrebungen anderer Vereine nach Art der Gegenseitigkeitsverträge von Assuranc-Gesellschaften zur größeren Sicherheit in Aussicht genommen.

So möge denn auch unsere Provinz recht bald sich den Eingangs Genannten anreihen, die schon seit längeres Zeit es als Ehrensache betrachten, für Altersversorgungsklassen von mittel- und anhanglosen Privatehrerinnen zu wirken.

Bermischtes.

— Der Erfinder von Torpedo's, der ehemalige österreichische Fregatten-Capitän Johann Lupis, Edler v. Hammer ist in Mailand gestorben.

Anmeldungen beim Danziger Standesamt.

Am 19. Januar:

Geburten: Arbeiter Joh. Anton Richter, L. — Sergeant Heinr. Ed. Stobitschi, L. — Maurer Carl Friedrich Piezel, S. — Arbeiter Carl Benjamin Kleisz, L. — Comtoirdienst August Wichter, S. — Arbeiter Julius Bark, S. — Hauszimmermann Gustav Neumann, S. — Maler August Böhm, S. — Zimmermann Carl Aug. Bahne, L. — Sattler Carl Friedr. Janzen, 2 S. — Zimmermann Carl Kloß, L. — Schuhmann Carl Heinrich Seeger, S. — Arbeiter Joh. Carl Schneid, L. — Kaufmann Julius Geron, S. — Schiffszimmermann Gottfr. Aug. Hoffmann, L. — Arbeiter Joh. Friedr. Bruckmann

Nach kurzer Krankheit ist gestern früh der Regierungs- und Schul-Rath Herr Arnold Ohlert mitten aus seinem arbeitsvollen Leben und segensreichen Wirken abgetreten worden.

Das unterzeichnete Collegium wird durch diesen unerwarteten Todesfall auf das Schmerlichste betroffen; König und Vaterland haben einen ihrer treuesten Diener verloren!

Danzig, den 17. Januar 1875.

Das Collegium der Königlichen Regierung.

In dem Concurre über das Vermögen der Elbinger Actien-Gesellschaft für Fabrikation von Eisenbahn-Material werden alle diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Concursgäbiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtsfähig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht, bis zum 20. Februar 1875 einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnächst zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gebildeten Frist angemeldeten Forderungen, sowie nach Beschluss zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals auf

den 16. März 1875.

Vormittags 10 Uhr, vor dem Commissar, Herrn Kreisrichter Scheda im Verhandlungszimmer No. 12 des Gerichtsgebäudes noch erscheinen.

Zugleich ist noch eine zweite Frist zur Anmeldung bis zum 30. April 1875 einschließlich festgesetzt, und zur Prüfung aller innerhalb derselben nach Ablauf der ersten Frist angemeldeten Forderungen Termiu auf

den 25. Mai 1875.

Vormittags 10 Uhr, vor dem genannten Commissar anberaumt. Zum Erscheinen in diesem Termiu werden alle diesigen Gläubiger aufgefordert, welche ihre Forderungen innerhalb einer der Fristen anmelden werden.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muss bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohlaufenden, oder zur Praxis bei uns berechtigten Bevollmächtigten bestellen und zu den Alten anzeigen. Wer dies unterlässt, kann einen Beschluss aus dem Grunde, weil er dazu nicht vorgeladen worden, nicht anfechten. Denjenigen, welchen es hier an Bekleidung fehlt, werden die Rechtsanwälte Dr. Gaupp, Horn, Heinrich und der Justizrat Romahn zu Sachwältern vorschlagen.

Elbing, den 14. Januar 1875.

Königl. Kreis-Gericht.

1. Abtheilung. (8918)

Bekanntmachung.

Zufolge Bekanntmachung von heute ist die Handelsgesellschaft der beiden Kaufleute Meyer, Liedke und Salomon Liedke zu Christburg unter Notiz des Ausstifts des dritten Gesellschafters Tobias Liedke und Lösung der bisherigen Firma des letzteren im Firmenregister unter der beibehaltenen Firma

T. Liedke

welche am 19. Februar 1874 begonnen hat, in das diesige Geellschafts-Register unter No. 28 eingetragen worden. Die Bezugniß, die Geellschaft zu vertreten, steht jedem der beiden Gesellschafter zu.

Marienburg, den 18. Januar 1875.

Königliches Kreis-Gericht.

1. Abtheilung. (8997)

Bekanntmachung.

In unser Register zur Eintragung der Ausschließung oder Aufhebung der ehelichen Gütergemeinschaft ist heute sub No. 8 eingetragen worden, daß der Kaufmann Meyer Liedke zu Christburg für seine Ehe mit Clara, geb. Hensel, durch gerichtlichen Vertrag vom 23. Februar 1874 die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ausgeschlossen hat.

Marienburg, den 13. Januar 1875.

Königl. Kreis-Gericht.

I. Abtheilung. (8998)

Bekanntmachung.

Der über das Vermögen des Conditors Collega eröffnete Concurs ist wegen Unzulänglichkeit der Masse wieder aufgehoben.

Culm, den 15. Januar 1875.

Königl. Kreis-Gericht.

I. Abtheilung. (9053)

Bekanntmachung.

In der General-Versammlung des Borschus-Vereins Schleswig eingetragene Geellschaft vom 27. December 1874 ist der bisherige Controleur Herr F. W. Rathke hierfür als solcher für die Zeit vom 1. Januar 1875 bis ultimo December 1877 wieder gewählt worden.

Schleswig, den 14. Januar 1875.

Königliches Kreis-Gericht.

I. Abtheilung. (8953)

Bekanntmachung.

In dem beim hiesigen Gericht schweden Concur über das Vermögen des Kaufmanns Paul Weißt zu Neutreit wird beabsichtigt, vorbereitung der Festsetzung darüber, ob und für welchen Betrag die streitig gebliebenen und nach der für den zweiten Prüfungstermin bestimmten Anmeldungsfrist angemeldeten Forderungen vorläufig in dem von dem Gemeinschulden beantragten Aborderverfahren zu berücksichtigen sein sollen, in Gemäßheit des § 182 der Concursordnung resp. der Novelle vom 12. März 1869 ein Erörterungstermin auf den

26. Januar 1875,

Vormittags 11 Uhr,

anberaumt.

Tiegenhof, den 16. Januar 1875.

Königl. Kreis-Gerichts-Deputation.

Der Concurscommissar. (9003)

Vom 7. Januar d. J. ab treten für den Transport von Steinföhnen und Coals in Quantitäten von je 10,000 Kilogramm im Verkehr von Stationen des Berlin-Cölner Eisenbahn-Verbandes nach den Ostbahnhäusern Neuenhagen, Friedersdorf und Straßberg bis Kreuz, sowie Danzig und

Neufahrwasser neue ermäßigte Frachtfäse in Kraft.

Die Tarife können auf den Güterexpeditionen der vorgenannten Ostbahnhäusern eingesehen werden.

Bromberg, den 13. Januar 1875.

Königliche Direction der Ostbahn.

(9051)

Holzverkauf.

Aus dem Forstrevier Quittainen bei Pr. Holland sollen am

28. Januar c.

Vormittags 10 Uhr, im Gasthause des Kaufmann Herrn Susecke zu Pr. Holland 160 Stück Eichen, 20 Stück Rotbuchen, 120 Stück Niesern, 7 Stück Tannen und 30 Stück Linden Nussholzstämme öffentlich versteigert werden.

Die Hölzer werden auf Verlangen auch vor dem Termine von den Forstdiabürgern in Schönau und Gr. Thierbach vorgezeigt werden.

Die Bedingungen werden im Termine bekannt gemacht.

Quittainen, den 15. Januar 1875.

Die Forstverwaltung.

Verlosung von Kunstwerken

für den Bau eines

Künstlerhauses

in Berlin.

Mit hoher Genehmigung des Königl. Oberpräsidiums der Provinz Brandenburg, veranstaltet durch den

Verein Berliner Künstler.

Gesamtwert der Gewinne:

70,000 Thaler.

(8000 Lose à 20 Mark)

Diese Lose sind zu haben in der

Expedition dieser Zeitung.

Die als probates Hausmittel gegen Verkleimung, Heiserkeit, Husten und katarrhalische Affectionen so beliebten

Stollwerk'schen

Brust-Bonbons

aus der Fabrik von

Franz Stollwerck,

Hoflieferant Köln Hochstraße 9 dehnen ihre, in ganz Europa bereits errungene ausgedeutete Verbreitung nunmehr auch auf alle übrigen Welttheile aus.

Die Seiden-Färberei und Waschanstalt

in Seide, Wolle, Federn, Handschuhen und Pelz bringt sich einem hochgeehrten Publikum ganz ergeben in Erinnerung.

Th. Marquardt, 32. Tobiasgasse 32.

Speditionen von und zu den hiesigen Fabriken übernehme ich zu billigen Tas. Meine großen trocknen Speicheräume empfehle ich zur Lagerung von Waren aller Art gegen billige Lagermiete.

Roman Plock,

Milchmengasse 14.

Prima amerikan.

Schmalz

gebe bei Posten und einzelnen Fässern loco und auf Lieferung billig ab.

Carl Treitschke.

Comtoir: Milchkannengasse 16.

Bremer Cigarren-Fabrik. Besteutes in großem Lager für den Exportieren in Hannover. Etwa 100000 Stück, preiswert, in seinen Hasana-Cigarren, 7er Erste, unsortiert, Dr. Zigaretten 250 Stück, 6½ Pf. Garantie.

Julius Schmidt, Hoflieferant, HANNOVER.

Altes Messing, Kupfer, Zinn, Blei und Zinn lauft zum höchsten Preise die Metall-Schmelze von

S. A. Hoch,

Johannisgasse 29.

Eisenbahnschienen

zu Bauzwecken offerirt billig in beliebigen Längen

Roman Plock,

Milchmengasse 14.

Roggenfuttermehl, pr. Ctr. 7 Mark, Weizen-Fleie, pr. Ctr. 6 Mark, offerirt die Westpreußische Handelsmühle zu Villa b. Warlubien.

Begründete Nahrungsstelle.

Ein Wohnhaus mit einer Wohnung für zwei Familien, in einer Kreisstadt belegen, worin seit ca. 19 Jahren ein Tuch-, Manufaktur- und Kurzwaren-Geschäft mit bester Erfolge betrieben wird u. zu welchem außer einem Tischlich ca. 4 Morgen Ackerland gehören, ist mit auch ohne Warenlager zu verkaufen.

Das Haus liegt am Markt und eignet sich auch zu jedem andern Geschäft. Abreisen bitte man unter A. J. 4840 postlagernd Stm. Wstr. abzugeben.

Zwei ausgeleisichte Kühe

siehen in Käse per Brant zum Verkauf.

9026

Der auswärtige Ausverkauf von französischen Glacé-Handschuhen

unter den Fabrikpreisen wird morgen geschlossen

8. Brodbänkengasse 8, Ecke Kürschnergasse.

Besonders empfohlen: couleur und schwarze Stepphandschuhe.

(9045)

Viell besser als jede Del-Glanz-Wichse und bis jetzt noch von keinem Fabrikat an Güte übertrroffen ist die von mir hergestellte

Glycerin-Glanz-Wichse in flüssiger Form

zum Wickeln von Schuhen, Stiefeln und Leder-Effekten jeder Art.

Dieselbe ist vollständig frei von Säure, trocknet nie ein, erhält dem Leder einen tief schwarzen lackähnlichen Glanz, verfügt vermöge ihres chemischen Glyceringehaltes das Hart- u. Brüchigwerden, macht hart und spröde gewordenes wieder weich und elastisch und gibt selbst solchen Lederzeugen, die öfters eingefettet werden, sogleich Eleganz.

Hermann Lietzau,

Apotheker und Chemiker, Holzmarkt, Apotheke zur Altstadt.

Niederlage bei Herrn W. Stechern, Langemarkt.

(9064)

Nous engageons les Dames à ne faire aucun achat pour leurs Robes et Costumes d'hiver, avant d'avoir demandé la riche collection d'Échantillons de véritable Cachemire de l'Inde, Drap du Thibet, Rampoor, Choudas, Vigogne en toutes nuances, à l'Expédition générale à la Compagnie des Indes, 42, rue de Grenelle-Saint-Germain, Paris. — Envoi d'Échantillons port payé.

Illustrierte Preislisten, Saison 1874/75.

50 Seiten stark mit 90 feinen Holzschnitten, über

BALL UND COTILLONGEGENSTÄNDE

Cotillontouren, seine Ball- und Cotillon-Bouquets &c., Pflanzen, Zimmerdecorationen &c. versendet franco und gratis der Königl. Preuß. Hoflieferant, Kunst- und Handelsgärtner

J. C. Schmitz in Berlin.

Coca-Präparate

seit langen Jahren bewährt, heilen rasch & sicher Krankheiten der Atemhungs-Organen (Pills Nr. I.)

Verdauungs-Organen (Pills Nr. II. & Wein)

Nervensystems- und

Schwächezustände (Pills III. & Coca-Spiritus)

p. Schacht od. Glas je 3 Mk. R. Belehrende Abhandlung gratis

franco d. Mohren-Apoth. Mainz.

und deren Depots-Apoth.: Berlin: G. Weichbrod, Kgl. Hofapotheke;

Posen: Dr. Mankiewicz, Kgl. Hofapotheke;

und deren Depots-Apoth.: Berlin: B. O. Pflug, Louisestr. 30. Stettin: G. Weichbrod, Kgl. Hofapotheke;

und deren Depots-Apoth.: Berlin: B. O. Pflug, Louisestr. 30. Stettin: G. Weichbrod, Kgl. Hofapotheke;

und deren Depots-Apoth.: Berlin: B. O. Pflug, Louisestr. 30. Stettin: G. Weichbrod, Kgl. Hofapotheke;

und deren Depots-Apoth.: Berlin: B. O. Pflug, Louisestr. 30. Stettin: G. Weich